

Er scheint täglich
 nachmittags mit Ausnahme der
 Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
 monatlich 50 Pf., 1/2 jährig 1.50 M.
 jährlich 3.00 M. in's Haus. Durch
 die Post bezogen 1.65 M.

„Die Neue Welt“
 (Anzeigungsverzeichnis) durch
 die Post nicht bezugsfähig, kostet
 monatlich 10 Pf., 1/2 jährig 30 Pf.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weissenfels-Zeit,
 Torgau-Liebentwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: **Geißstraße 21, erster Hof parterre rechts.**
 Telegramm-Adresse: **Volksblatt Halle/Saale.**

Telephon-Nr. 1047.

Nr. 134

Sonnabend den 12 Juni 1897.

8. Jahrg.

Arbeiter! Sichert Euch das Wahlrecht!

Erwerbt das Bürgerrecht, und — soweit das erforderlich — die preussische Staatsangehörigkeit.

Der eiserne Besen.

Die Entfaltungen über die politische Polizei und das Treiben ihrer Agenten, wie sie der Lauch-Prozess gebracht hat, mögen manchen überrascht haben; uns nicht im mindesten. Wir kennen das Milieu der Polizeienten zur Genüge aus den Zeiten des Sozialistengeleges. Manches, was damals darüber an die Öffentlichkeit gelangt ist, wurde von der bürgerlichen Presse als „un glaublich“ bezeichnet; heute wird sie es nicht mehr un glaublich finden.

Interessant ist für uns, die Haltung der Presse zu beobachten, so weit sie das Interesse der herrschenden Klassen zu vertreten hat. Das schöne und lehrreiche Kulturbild, das der Lauch-Prozess emporgesauert hat, mit Ausnahme des Junkertums, alle herrschenden Schichten erreicht. Das Junkertum, dessen Ideal ein Büttelstaat ist, besitzt Gynismus genug, die Dinge, die da einhüllt worden sind, als ein „notwendiges Übel“ zu betrachten und dies auch rühmend heraus zu sagen. Dagegen hat sich eine Menge politischer Tugenden aus den verschiedensten Parteien von bequemen Schlaflosa der bürgerlichen Moral erhoben und reumt verdreht umher, über Korruption jammernd und nach dem „eisernen Besen“ rufend, der wegsan soll.

„Ja, dieser eiserne Besen! Wenn man nur wüßte, woher ihn die reuehenden Keimlingskeiferer beziehen wollten und wessen Hand ihn führen soll!“
 Gewiß wäre die Abschaffung der politischen Polizei eine lobenswerte That. Und diese That zu vollbringen, wäre kein übermenschliches Heldentum; ein Gerates oder ein Theiles wäre da nicht erforderlich. Die jetzt so entwirrt ihn, brauchen nur einen — und zwar nachfolgenden — Entschluß zu fassen. Sie brauchen nur in den Volkserregungen den Regierungen alle geheimen Fonds zu streichen, denn die Minister werden sich hüten, die politische Polizei resp. deren Agenten aus ihrer eigenen Tasche zu bezahlen. „Die Polizei ist frad und weiser Kravatte ist die teuerste“ sagte einmal der alte Windhorst, und der konnte es wissen.

Aber dazu hat man sich noch niemals aufschwingen können. Die Regierungen haben es noch niemals nötig, näher zu motivieren, wozu sie die geheimen Fonds brauchen; einige allgemeine Redensarten haben noch immer dazu ausgereicht, um den bürgerlichen Parteien in ihrer Mehrheit begreiflich zu machen, daß man solcher Mittel nicht enttrotzen kann. Und trotz aller Defamationen von heute — das glauben wir mit aller Sicherheit schon jetzt annehmen zu können — wird man die geheimen Fonds nicht abschaffen, wenn dieselben zur Verfügung stehen. Aus ihnen zieht die politische Polizei ihre Lebenskraft.

Es ist aber kein zufälliger Umstand, daß die politische Polizei nicht abgeschafft wird. Sie existiert weiten Kreisen des Bürgertums eben so unentbehrlich, wie den feudalen Junkern. Was thäte wohl der brave Speichbürger und wozu hätte er die Gewissensruhe für einen gefunden Schlaf, wenn er sich nicht in das tröstliche Bewußtsein einwiegen könnte, daß eine wohlorganisierte politische Polizei er die „Sicherheit des Staates“ wagt und den im Dunkeln schlüchternen Verschwörern, von denen sich der gute Bürger überall umgeben wähnt, ebenjohis im Dunkel entgegen arbeitet? Es gehört doch gewiß auch zur Psychologie des Bürgertums, daß einer der ersten Feinden der bürgerlichen Revolutionen, kein Geringerer als Maximilian Robespierre, so bald er zur Gewalt emporstieg, war, sich zum Polizeiminister machte und fast seine ganze staatsmännliche Thätigkeit in der Polizei — und was für eine Polizei! — aufgehen ließ.

Wir gehen gar nicht auf Defamationen, und darum mögen uns die oben bezeichneten Tugendbäume sagen, was sie wollen; unsere Meinung steht fest. Es gibt einige bürgerlich-moralische und radikale Elemente, die der politischen Polizei ernsthaft zu Leibe gehen würden, wenn sie die Macht dazu hätten. Aber der muttersteife Philister erblickt in derselben eine Garantie für die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung. Wenn jene Politiker, die für Ausnahme und Umsturzelei sind — wir meinen die Nationalliberalen — auch von Abschaffung der politischen Polizei sprechen, so ist das einfach lächerlich. Denn ohne die politische Polizei lassen sich jere Maßregeln gar nicht durchführen.

Aus dem Glauben des Speichbürgertums an die Unentbehrlichkeit der politischen Polizei erklärt sich auch, warum

die letztere so mächtig ist; darum begreift man auch, wie sie einen Staat im Staate bilden konnte, dem an Nachfülle so anhänglich wurde, daß sogar Bismarck, dem er unbenommen geworden, ihn nicht betreiben konnte. Dieser Staat im Staate hatte die Macht, seinen Agenten — und mochten sie noch so verdammt sein — Straflosigkeit zu garantieren für gewisse Fälle.

Von Abschaffung dieser mächtigen Institution wird deshalb noch nicht die Rede sein. Man kann nicht sagen, daß die bürgerliche Gesellschaft notwendig die politische Polizei haben müsse. England scheint uns den Gegenbeweis zu liefern, wenn sich auch nicht leugnen läßt, daß sich auch dort in der Verfolgung der sogenannten irischen Dynamitarden ebenfalls Spuren politischer Thätigkeit finden, die der der Lauch und Konvoren sehr ähnlich gleichen. Die gleichen Ursachen erzeugen eben überall die gleichen Wirkungen. Wo die Staatsmacht zu brutaler Unterdrückung bestimmter Volksschichten verwendet wird, da schießt der Hafer der politischen Polizei in die Balne, da führen die Spitze ein Herrenleben. Den hohen Grad von Gemeingefährlichkeit, der in Preußen-Deutschland jedoch so eklatant erwiesen worden ist, kann die politische Polizei aber nur erreichen, wo so unglückliche Zustände bestehen wie bei uns, wo niemand mehr weiß, wer oben in den maßgebenden Regionen Koch oder Keller ist, wo die Minister sich heimlich betrieuen und für Zutrittanten aller Art ein günstiges Feld ist, an denen dann auch die politische Polizei im Auftrage von oberst im Dunkeln bleibenden Hintermännern thätigen Anteil nimmt. Daß solche Zustände in Deutschland sich entwickeln konnten, kommt auf das Schuldlob der Feigheitigkeit des heutigen Liberalismus, der nicht nur den in wirklich konstitutionellen Staat ihm notwendig zuzuhörenden Einfluß sich zu erkämpfen nicht den Mut hatte, sondern in seiner Schwachmüchigkeit schon dagegen protestiert, nur nach der Parlamentsherrschaft zu streben, ohne Empfinden dafür, daß er sich damit unentbehrlich lächerlich macht.

Aber nun spricht von „Reorganisation“ der politischen Polizei und gewisse „liberale“ Raumpolitiker glauben eine ungeheure Leistung vollbracht und ungemündigen Mut bewiesen zu haben, indem sie auf der „Reorganisation“ bestehen. Diese Forderung ist gleichfalls einfach lächerlich und der Beweis dafür ist niemals durchzuführen erbracht worden, als gerade im Lauchprozeß selbst. Die politische Polizei kann nur verschwinden oder bleiben, wie sie ist. Wenn sie bleibt, dann muß sie zur „Ueberwachung der sozialen Bewegung“ eben dieselben Mittel anwenden, wie bisher; sie muß „Agenten“ benutzen und zu diesem Handwerk werden sich immer nur wieder dieselben traurigen Subjekte à la Normann Schumann hergeben. Was will man da „reorganisieren“? Will man etwa den Agenten eine anständliche Gewinnung einpflanzen?

Nein, es wird bleiben, wie es ist, denn wie sollte der Klassenhaß, der noch selbst ein gutes Stück Polizeistaat ist, ohne politische Polizei bestehen können?

Wir können stolz darauf sein, daß man keine anderen Mittel als solche findet, um uns zu bekämpfen. Zugleich aber liegt darin auch für uns eine Bürgschaft des Sieges, denn die politische Polizei wußt, wie man sieht, den Regierungen davor, über den Kopf, daß sich einzelne Staatsmänner „in die Öffentlichkeit“ flüchten“ müssen, und das ist genug.

Der „eisernen Besen“, der die politische Polizei weggen wird, muß erst kommen, und zwar wird die Sozialdemokratie ihn bringen. Sobald diese die erforderliche politische Macht hat, wird sie ein Ende machen und seinen Tag länger die Existenz einer Institution dulden, die soeben vor Gericht eine solche Verleumdung erfahren hat. Für die Lauch und Genossen wird das selbstverständlich ein Sporn sein, die „Ueberwachung der sozialen Bewegung“ um so eifriger zu betreiben. Das kann uns gleichgültig sein. Die soziale Bewegung wird über diese „Ueberwacher“ hinwegschreiten; wenn sich aber der Speichbürger mit dem Gedanken trösten will, daß das „Staatswohl“ in die Hände dieser fürchtigen Polizei gelegt ist, so mag er es thun. Das freisprechende Urteil der Geschworenen im Lauch-Prozeß hing wohl auch mit der Ueberzeugung zusammen, daß diese politische Polizei eine unentbehrliche Einrichtung zum Schutze der bürgerlichen Ordnung sei.

Wir gratulieren!

Tagessgeschichte.

Bei der Reichstagswahl in Königsberg hat am Donnerstag der sozialdemokratische Kandidat Dr. Haake gleich im ersten Wahlgange gesiegt. 1893 kam der verstorbene Parteigenosse Schulze erst in der Stichwahl durch. Es wurden abgegeben:

	1893	1897
soz. Stimmen	10 967	11 917
frei.	5 952	5 008
konj., natl. „	7296	4 009
amtl.		2 160

Auch bei dieser Wahl sind also die Stimmen der Patenpartiten heruntergefallen, das alles tracht.

Die Wiesbaberer Reichstagswahl hat am Mittwoch so folgendem Ergebnisse geführt:

	1893	1897
Sozialdemokraten	6253	5166 Stimmen
Freiwillige	4895	6566 „
Zentrum	5027	5355 „
Konjuro. u. Natl.	6289	3072 „
	22 464	20 159 Stimmen

Die Wahlbeteiligung ist demnach diesmal um 2305 Stimmen geringer gewesen als 1893. Darans namentlich ist wohl auch der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmenzahl zu erklären. Bei der nächsten Parliamentswahl muß die Scharte wieder ausgemittelt werden. Gerade, in niederkamertend ist jedoch die Wiederlage der Konservativen und Nationalliberalen, die bisher das Mandat best-halten, aber an letzter Stelle markieren. Die vaterlandslösen Heißen haben ihnen die Antwort auf die Summezeit und Rederei gegeben.

Ueberflüssige Aufregung macht sich in der „gutgesinnten“ Presse über das Ausbleiben des Kaiserlichen auf dem Bankett der Reichstagsboten gelegentlich des Besuchs der Hamburger Gartenbau-Ausstellung bemerkbar. Die Kreuzzeitung stellt aus einer Ohnmacht in die andere vor. Wir über diese „vaterlandslöser“ Gewinnung. Auch das Berliner Tageblatt des aus dem Lauch-Prozess bekannt gewordenen Herrn Leypold, welches sich bisweilen ein freisinnig schillerndes Märchen umhängt, meint, die Tapache sei unangenehm aufgefallen und als ein Verstoß gegen den unpolitischen Lauch zu betrachten. Die Berliner Volkszeitung läßt sich übrigens von einem gut informierten Korrespondenten über den Fall schreiben:

„Die sozialdemokratischen Abgeordneten kamen allerdings an dem Diner in der Ausstellung teil und zwar mit dem Bewußtsein, daß diese von Bürgern Hamburgs gebotene Freundlichkeit höher der Beachtung wert sei und daß es auch vollkommen die Pflicht eines sozialdemokratischen Abgeordneten sei, wenn er ein berechtigtes Unternehmen, das Kaufleute von Hamburg im Kommiss in Bewegung setzt und Hunderten von Arbeitern einen Brot verschafft hat, auf eine Einladung des Komites teil zu beistehen. An der Parlamentarität mit dem Schleppe der Hamburg-Amerika-Linie und dem darauf folgenden Souper an Bord der „Augusta Victoria“ hat hingegen kein Mitglied der Fraktion teilgenommen.“

Die anwesenden Abgeordneten der Fraktion hatten sich mit ihren beizigen Kollegen nach dem Diner in der Ausstellung zu einem gemeinsamen Diner mit eigenem Dampfer verabredet und zwar mit dem wohlgegründeten Wunsch, auch persönlich das weite Havengrund auf einer einzigen Ausfahrt in Zusammenhang zu nehmen und die Plätze zu belegen, wo vor wenigen Monaten der gewaltige Kampf losbrach. Nach dieser unter zusehender Führung unternommenen Tour hoben die Abgeordneten mit beizigen Kollegen und Freunden ein gemeinschaftliches, gemächliches Abendessen in einem parkähnlichen Lokal eingenommen. Die Abgeordneten... haben in lachlicher Erinnerung der Lage die Einladung des Ausschusses Komites angenommen und sind auch bis zum Verlassen der Ausstellung den Wünschen ihrer Gattinnen gegenüber in liebenswürdiger und forreter Weise gezeigt. Daß sie hier an die Einladung des Ausschusses Komites gebunden Einladung der Hamburg-Amerika Linie nicht folgen wollten und lieber die Gelegenheit wahrnahmen, um sich im eigenen Interesse und dem ihrer Partei den Hafen gründlich anzusehen, kann ihnen nur noch angedehnt werden.“

Wegen den Ausschluß der Frauen aus politischen Vereinen und Beraternungen wendet sich der Bund der Deutschen Frauenvereine. Er will eine Petition an den Reichstag senden, in der den bekannten Beschlüssen des Abgeordnetenbundes entgegengetreten und der Reichstag aufgefordert wird, dahin zu wirken, daß das Vereinsgesetz durch Reichsrecht geregelt werde.

Dach gegen V. Lauch ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung etwoletzt ist, hält der Hann. Courier für selbstverständlich. Die Anlage soll sich besonders auf die Auslage des Schriftstellers Krämer stützen. Dieser hatte die Witzereien über die Erdpäpsten Lauchs betrefft

